

12.07.2012 / Titel / Seite 1

»Preis des Nichtstuns«

Claudia Wangerin

Ein weiterer führender Geheimdienstmann ist über Fehlverhalten bei den Ermittlungen gegen das rechte Terrornetzwerk »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) gestolpert. Sachsens Verfassungsschutzpräsident Reinhard Boos werde auf eigenen Wunsch zum 1. August versetzt, teilte Landesinnenminister Markus Ulbig (CDU) am Mittwoch im Dresdner Landtag mit. Boos ist somit der dritte Chef einer deutscher Geheimdienstbehörde, der im Zuge der Enthüllungen im Zusammenhang mit der bundesweiten NSU-Mordserie seinen Hut nehmen muß. Innerhalb von zehn Tagen gaben zunächst der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Heinz Fromm, dann Thüringens Behördenchef Thomas Sippel und nun Boos ihre Ämter ab.

Hintergrund des vorzeitigen Abgangs von Boos sind offiziell erst jetzt aufgetauchte Protokolle einer Telefonüberwachung des Verfassungsschutzes von Ende 1998. Nach Angaben des sächsischen Innenministeriums wurde ein verdächtiger Anschluß in der rechten Szene abgehört, um nach dem Untertauchen von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe an Informationen über das Trio zu gelangen, dem inzwischen die Morde an neun Migranten und einer Polizistin angelastet werden. Die Existenz des NSU war im November 2011 bekanntgeworden - elf Jahre nach dem ersten Mord.

Daß bei früheren Ermittlungen Telefonate abgehört worden waren, ist seit längerem bekannt, doch Boos hatte stets bestritten, daß darüber noch genaue Unterlagen existierten. Die Protokolle sollen jetzt noch einmal gesichtet und dem Generalbundesanwalt übergeben werden. Ob sie wichtige Informationen enthalten, ist bislang unklar. Zwar hatte die Parlamentarische Kontrollkommission für den Geheimdienst im Landtag laut Ulbig Kenntnis von der Abhörmaßnahme. Die Existenz der Protokolle sei aber neu.

Die Dokumente im Umfang eines Aktenordners seien bei Räumarbeiten im Zuge der Umstrukturierung eines Referates gefunden worden, so ein Sprecher des Innenministeriums. Ulbig sprach im Landtag von einem »eklatanten Fehlverhalten« einzelner Mitarbeiter des LfV. Es seien unverzüglich disziplinarische Schritte eingeleitet worden. Boos bedauere den Vorfall, sei »tief enttäuscht« und könne das Amt nicht mit dem gebotenen Vertrauen weiterführen. Vergangene Woche hatte Ulbig »Defizite« beim Informationsaustausch eingeräumt, zugleich aber Boos noch sein Vertrauen ausgesprochen und erklärt, dem LfV sei kein »pflichtwidriges Unterlassen« vorzuwerfen.

Die Opposition im Landtag forderte weitergehende Konsequenzen. Die Politik des Vertuschens, Verschweigens und Verleugnens in Sachsen werde frühestens dann ein Ende haben, wenn Innenminister Ulbig »als oberster Aufklärungsverhinderer ebenfalls seinen Hut nimmt«, erklärte die Linken-Vertreterin in der Parlamentarischen Kontrollkommission, Kerstin Köditz.

Der Grünen-Abgeordnete Miro Jennerjahn forderte Ulbig auf, dem sächsischen NSU-Untersuchungsausschuß in der Sondersitzung am Donnerstag alle noch fehlenden Unterlagen vorzulegen und dem Ausschuß Rede und Antwort zu stehen. Die innen- und rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sabine Friedel, warf der sächsischen Landesregierung vor, seit Monaten jegliche Aufklärung und Aufarbeitung zu verweigern. »Was wir heute erleben, ist der Preis für dieses Nichtstun«, sagte Friedel.